

Sozialistische Volkspartei Deutschlands. Kommentar in der Parteizeitung *Unser Tag* vom 5. Mai 1948

Am 27. April beschloß die Delegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei der amerikanischen, englischen und französischen Zone in Herne mit 281 gegen 18 bei 19 Stimmenthaltungen nach einer langen und gründlichen Aussprache den Namen der KPD in „Sozialistische „Volkspartei Deutschlands“ umzuändern. Auch in Baden stimmen die Kommunisten dieser Namensänderung zu. Sie ist für uns nicht eine Übermalung des alten Firmenschildes, sondern ein Ausdruck für die Veränderung der von der Partei schon seit der Brüsseler Konferenz 1935 und erst recht nach 1945 entwickelten Politik, die unter den Voraussetzungen der Ostzone zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der Sozialistischen Einheitspartei (SED) geführt hat. Daß unsere Gegner diese Namensänderung ablehnen und ihre Behauptung, es handle sich nur um eine „Tarnung“, um ein ungefährlich aussehendes „Schafskleid“ für den reißenden Wolf des Totalitarismus und der roten Diktatur, am ein äußerliches Abrücken von einem in der ganzen Welt in Mißkredit geratenen Namen, überrascht uns nicht. Wir haben nichts Anderes erwartet. Wie sollten dialektisch nicht geschulte Hirne begreifen können, daß im Kampf um den Sozialismus die jeweilige ökonomische und gesellschaftliche Struktur eines Volkes die Voraussetzung für das politische Handeln einer marxistischen Partei sein muß.

Seit 1933 hat sich durch den rückhaltlosen Versuch des deutschen und europäischen Monopolkapitalismus, sich mit den brutalen Mitteln des Faschismus durchzusetzen, durch den Hitlerkrieg, durch den Zusammenbruch, durch die macht- und wirtschaftspolitischen Veränderungen in der Welt eine fundamentale Umschichtung, vor allem auch in Europa und seinem zusammengeschlagenen und zerrissenen Herzen, in Deutschland vollzogen. Was 1933 zur Vernichtung der drohenden Diktatur des Monopolkapitalismus notwendig gewesen wäre, die Diktatur der Arbeiterklasse und der bewaffnete Kampf gegen ihre Feinde, wäre heute Wahnsinn. Die Hoffnung auf die bereits genügend gefestigte internationale Zusammengehörigkeit der politisch-fortschrittlichen Arbeitermassen, durch die damals die Taktik der KPD entscheidend mitbestimmt wurde, hat sich im Toben des faschistischen Krieges als illusionär erwiesen. Die schematische Übertragung politischer Methodik aus der ganz anderen Situation der Sowjet-Union ist längst überwunden. Die damals im Drange nach der Zerschlagung der bedrohlich gewordenen kapitalistischen Front begreifliche und in unseren Reihen weit verbreitete Unterschätzung unserer Gegner, vor allem durch die Nachkriegserfahrungen einer nüchternen Abwägung der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Widerstände und der Machtpositionen der Feinde des Sozialismus Platz gemacht.

Die Aufgabe unserer Partei ist dieselbe geblieben: den Weg zur Verwirklichung der sozialistischen Ordnung freizukämpfen, sie durch eine wirkliche Volksherrschaft zu sichern und damit eine höhere Form der menschlichen Gesellschaft herbeizuführen. Das Ziel dieses Kampfes aber ist – gleichgültig wie lange Zeiträume bis dorthin sein werden – die friedliche und schöpferische Gemeinschaft aller Völker, die jeden Menschen in gleicher Weise trägt und ihn zu einem freien und gleichberechtigten Glied des Ganzen macht: der Kommunismus.

Sozialistisch ist unsere Partei, weil sie unerschrocken den Kapitalisten entgegentritt, die schon wieder glauben, auch im Westen Deutschlands ihre Herrschaft über die vom Krieg enteigneten Massen aufrichten zu können, um ihnen die Kosten des Hitlerkrieges aufzubürden. Sozialistisch nennen wir unsere Partei, weil sie die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung erkämpft, über der sich neue Formen des geistigen und kulturellen Lebens erheben werden.

Wir nennen uns Volkspartei, weil die Interessen der Arbeiterklasse heute die Interessen der breiten, vom Faschismus und Krieg enteigneten Massen unseres Volkes sind. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen wird, wenn sie – nach der Illusion, ihre frühere bürgerliche Existenz könne noch einmal aufgerichtet werden – zum Bewußtsein ihrer richtigen Lage gekommen ist, mit uns gemeinsam den notwendigen und einzig möglichen Ausweg erkämpfen. Wir sind darum eine demokratische Partei. Die Behauptung, auch das sei „Tarnung“, widerlegen wir durch die Praxis unseres politischen Kampfes. Bisher kann man in Deutschland nur davon sprechen, daß die bürgerlichen Parteien unter dem Deckmantel der formalen Demokratie ihre Diktatur gegen die entschiedenen Sozialisten und Antifaschisten aufrichten, wie deren Ausschaltung aus Regierung und Verwaltung zur Vorbereitung des kapitalistischen Marshallplans beweist. Das deutsche Volk aber wird sich trotz aller Widerstände von außen und innen eine eigene demo- **(S. 2)** kratische Ordnung schaffen, die es befähigt, seinen Staat organisch und wirkungsvoll aufzubauen.

Wir nennen uns Sozialistische Volkspartei Deutschlands, weil wir eine deutsche Partei sind, nicht im bürgerlich nationalistischem Sinne, sondern darum, weil wir unseren Weg zur sozialistischen Wirklichkeit von der spezifisch deutschen Situation aus gehen und unsere politischen Methoden allein von daher bestimmt sind. Wir orientieren uns weder nach dem Westen, noch nach dem Osten, sondern allein daran, was unserem Volk aus der Katastrophe heraushilft.

Aber, so wird man fragen, worin besteht denn der *Unterschied* zwischen der Sozialistischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands? Ist diese Namensänderung nicht eine ausgesprochene, Bankrotterklärung der KP, eine Kapitulation vor den Grundsätzen, die von der SP schon immer und auch heute noch vertreten werden? Wir haben noch nie bestritten, daß die Mitglieder der SP nicht

auch um den Sozialismus zu kämpfen bereit sind, daß nicht auch sie die bürgerliche Demokratie vollenden wollen und für eine wirkliche Demokratie sind. Wir wissen, daß auch sie ein neues Deutschland der arbeitenden Menschen erstreben. Wie könnten wir sonst die Vereinigung der beiden Parteien im Kampf um die Ziele wünschen.

Aber die heutige Führung der SP, die Schumacher, Ollenhauer, Carlo Schmid u. a., lenken die SP auf einen Weg, der nicht zum Sozialismus, nicht zu einer gesicherten Demokratie und nicht zu einer Erneuerung Deutschlands führt. Von dieser Führung, nicht von den Massen der SP-Mitgliedschaft und -Wähler, trennt uns darum ein tiefer Graben. Wir denken nicht daran, die durch tausend Erfahrungen als richtig bestätigten Grundwahrheiten der marxistischen Erkenntnis durch einen Ultra-revisionismus in nichts aufzulösen, wie die Doktoren der Ziegenhainer SP-Konferenz. Wir machen das modern gewordene Geschwätz bürgerlicher Intellektueller von „der Überwindung des Marxismus durch einen neuen Humanismus“ nicht mit. Auch wir sehen den Marxismus im Lichte des Marxismus und wissen, daß die dialektische Methodik zu immer neuen Erkenntnissen, auch des politischen Kampfes, führt.

Wir haben kein Verständnis dafür, daß die sozialdemokratischen Führer sich den Kapitalisten der Welt anbieten als „Vorkämpfer gegen die Aggression des Kommunismus“, und daß sie ihre Hauptaufgabe im Kampf nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Kommunisten, d. h. gegen die entschiedenen Sozialisten sehen.

Wir sind für die *Einheit Deutschlands* und werden uns gegen jeden Versuch, unser Vaterland in ein West- und Ostgebiet zu zerreißen, mit aller Entschiedenheit wehren. Die SP-Führung aber rechnet die auf dem Wege zur sozialistischen Neuordnung vorwärtsschreitende Ostzone schon gar nicht mehr zu Deutschland. Sie ist für sie „ein von einer totalitären Macht besetztes Land“, das vom Westen her erobert werden muß! Wir wollen aufrichtig eine sowohl vom Westen als auch vom Osten unabhängig und frei durchgeführte Abstimmung unseres Volkes über seine zukünftige staatliche Struktur. Wir sind überzeugt, daß eine überwältigende Mehrheit die einheitliche *unteilbare deutsche Republik* mit der Hauptstadt Berlin fordern wird und eine deutsche Verfassung, die bei aller Achtung vor der Eigenart der einzelnen Länder jeden Separatismus, auch wenn er sich föderalistisch schminkt, unmöglich macht.

Die SP-Führung redet ihren Mitgliedern und ihrer Wählerschaft ein, daß Deutschland nur durch eine kapitalistische Restauration mit Hilfe des Marshall-Planes gerettet werden könne. Sie ist bereit, um dieser Illusion willen, den Kampf um die Überführung des Ruhrgebietes in die Verwaltung des deutschen Volkes preiszugeben.

Sie leistet den Absichten der europäischen Kapitalisten unter der Führung Churchills mit Hilfe Amerikas einen Westblock zur Ausbeutung der Arbeitermassen in den zerstörten Ländern Europas zu schaffen, Vorschub. Sie redet von einem „sozialistischen Europa“, als ob ein solches möglich wäre, bevor die Sozialisten auch in den wichtigsten westeuropäischen Ländern die tatsächliche politische Macht erkämpft haben. Die sozialdemokratischen Führer distanzieren sich von den Staaten Osteuropas, in denen die Sozialisten bereits die Macht ausüben. Sie hetzen in vorderster Front mit den gleichen tendenziösen und verlogenen Argumenten wie die CDU gegen die Sowjetunion. Die sozialdemokratischen Führer sind bereit, selbst die Aufrüstung der „West-Union“ unter einem einheitlichen Kommando mitzumachen. Gehört es aber nicht zu den Hauptaufgaben einer sozialistischen Partei, diese *Kriegsvorbereitung* durch das Zusammenstehen aller Sozialisten, auch der im Osten, zu verhindern und den Frieden nicht durch Kriegsrüstungen und Drohungen, sondern durch die Verhinderung sich bildender Fronten zu sichern?

Darin also unterscheidet sich die Sozialistische Volkspartei Deutschlands von der SP-Führung. Vielleicht trägt das offene Bekenntnis der Sozialistischen Volkspartei Deutschlands zu ihrer neuen, seit 1945 durchgeführten Politik, das in der Namensumbenennung zum Ausdruck kommt, dazu bei, daß die sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler mit allem Nachdruck eine Änderung der Politik ihrer Führer verlangen.

Warum wenden sich alle übrigen Parteien sofort von Anfang an *dagegen*, daß sich unsere Partei den Namen gibt, der ihre tatsächliche Politik deutlich zum Ausdruck bringt? Weil es ihnen dadurch erschwert wird, ihre an Goebbels geschulte primitive Propaganda gegen das von ihnen geschaffene Zerrbild des Kommunismus weiterzutreiben. Sie wollen gar nicht, daß wir als eine sozialistische Partei angesehen werden, als eine wahrhafte Volkspartei, als eine deutsche Partei. Sie brauchen den Popanz einer bluttriefenden, grauenhaften, alle Freiheit und Würde des Menschen angeblich vernichtenden kommunistischen Partei, damit sie ihre Gläubigen nicht verlieren und weiterhin für ihre Zwecke mißbrauchen können. Schon tröstet sich die CDU Badens in ihrer Zeitung damit, „daß die Kommunistische Partei kein Glück haben wird mit ihren Täuschungsmanövern“. Die Westmächte werden, so hofft sie, die Umbenennung in Sozialistische Volkspartei nicht zulassen! Vielleicht täuscht sich die Süvozet (*Süddeutsche Volkszeitung*), es gehört doch wohl mindestens zu den Rechten einer politischen Partei auch in der noch sehr unvollkommenen Demokratie unserer Tage, daß sie sich und ihre Ziele durch einen von ihr selbst bestimmten Namen kennzeichnen kann. Jedenfalls erwarten wir, daß die französische Militärregierung unserer Bitte, die Namensänderung zu bestätigen, entspricht. Es wird die CDU enttäuschen zu hören, daß General Clay am 29. April bereits auf einer Pressekonzferenz erklärte, „der Namenswechsel der Kommunistischen Partei in „Sozia-

listische Volkspartei“ brauche nicht lizenziert zu werden; es sei aber wohl eine Änderung der Lizenzurkunde erforderlich“.

In: Unser Tag. Volkszeitung für Baden. Organ der Kommunistischen Partei, 3. Jahr, Nr. 30 vom 5. Mai 1948, S. 1f.